

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. André Hahn, Gökyak Akbulut, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 19/27157 –**

### **Rechtsextremismus bei den Feuerwehren**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Am 24. November 2020 berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ über Mitglieder der Bremer Berufsfeuerwehr, die in einer Chat-Gruppe rassistische Texte und Bilder ausgetauscht haben sollen. So sollen u. a. Inhalte mit dem Hitlergruß und Hakenkreuzen kursiert haben. Feuerwehrmänner sollen sich zudem gegenüber Kolleginnen und Kollegen häufig rassistisch und sexistisch geäußert haben. Die Gesinnung der Feuerwehrmänner habe sich teilweise auch im Einsatzverhalten niedergeschlagen. So soll etwa ein Oberbrandmeister eine hilfsbedürftige Frau ohne Deutschkenntnisse und mit Anzeichen eines Herzinfarktes so lange angeschrien haben, bis sie weinte (<https://www.sueddeutsche.de/politik/berufsfeuerwehr-bremen-rechtsextremismus-1.5125956>).

Am 1. Dezember 2020 berichtete „rbb 24“ über einen Rechtsextremismus-Verdacht bei der Berliner Feuerwehr. Ein Mitarbeiter soll Sympathien für die rassistische Hetze der NPD gezeigt und vor einem Wahlplakat der rechtsextremistischen Partei posiert haben, das offenbar in Räumlichkeiten der Berliner Feuerwehr hing (<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2020/11/berlin-feuerwehr-rechtsextremismus-npd-verdacht.html>).

In Thüringen ermittelt die Kriminalpolizei wegen einer rechtsextremen Chat-Gruppe bei einer Freiwilligen Feuerwehr, berichtete das „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ am 20. Oktober 2020 (<https://www.rnd.de/politik/thuringen-rechtsextreme-chatgruppe-bei-feuerwehr-kripo-ermittelt-HRWJLSJFVJ5TZU321ABZMBM6FA.html>). Ebenfalls in Thüringen war der Feuerwehr-Verband (ThFV) in die Kritik geraten, weil er dem rechtsextremen AfD-Politiker Björn Höcke bei seiner Delegiertenversammlung am 26. September 2020 ein Grußwort ermöglicht hatte (<https://www.mdr.de/thuringen/feuerwehrverband-hoেকে-auftritt-kritik-100.html>).

Im Deutschen Feuerwehrverband (DFV) war Ende 2019 dessen Präsident Hartmut Ziebs zum Rücktritt gedrängt worden. Dabei spielte nach Ansicht der Fragesteller offenbar seine klare Positionierung gegen Tendenzen und die Abgrenzung zur AfD sowie die Einstellung einer türkischstämmigen Bundesgeschäftsführerin durch ihn eine nicht unerhebliche Rolle (<https://taz.de/Streit-um-AfD-Kritiker-Ziebs!/5650560/>).

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über rechtsextreme Verdachtsfälle bei Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren, der Berufsfeuerwehren oder der Werkfeuerwehren in den vergangenen drei Jahren sowie über den Umgang der betroffenen Feuerwehren mit diesen Verdachtsfällen?

Die in der Vorbemerkung der Fragesteller genannten Sachverhalte hinsichtlich der Mitglieder der Bremer Berufsfeuerwehr und des Berliner Mitarbeiters der Feuerwehr sind der Bundesregierung bekannt. Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

2. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu gezielten Unterwanderungsversuchen von Feuerwehren durch die NPD, die AfD oder andere rechtsextreme Organisationen in den vergangenen drei Jahren?
3. Inwieweit sind Feuerwehren nach Ansicht der Bundesregierung in besonderem Maße anfällig für rechtsextremes Gedankengut bzw. Unterwanderungsversuche durch rechtsextreme Gruppierungen?

Wegen des Sachzusammenhangs werden die Fragen 2 und 3 gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Zusammenhang mit Unterwanderungsversuchen im Sinne der Fragestellungen vor.

4. Welche Gefahren im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Feuerwehren sowie ihre gesellschaftliche Rolle in den Kommunen bestehen nach Ansicht der Bundesregierung durch rechtsextreme Tendenzen bei Angehörigen der Feuerwehren?

Beschäftigte der (Berufs-)Feuerwehren verfügen aufgrund ihrer Ausbildung über Expertenkenntnisse in verschiedenen Bereichen und über einen exklusiven Zugang zu speziellen technischen Geräten. Ungeachtet dessen besteht durch rechtsextremistische Tendenzen bei Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ganz grundsätzlich die Gefahr einer Beeinträchtigung der rechtsstaatlichen Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sowie einer allgemeinen Beeinträchtigung des Vertrauens in diesen.

5. Welche Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus existieren nach Kenntnis der Bundesregierung bei Feuerwehr-Verbänden in den einzelnen Bundesländern, und welche Maßnahmen sehen diese bei rechtsextremen Verdachtsfällen vor?
6. Sind die von den einzelnen Feuerwehr-Verbänden bislang getroffenen Maßnahmen nach Einschätzung der Bundesregierung ausreichend, um rechtsextremistischen Tendenzen und Unterwanderungsversuchen vorzubeugen, und welche Initiativen müssten weiterhin ergriffen werden?

Wegen des Sachzusammenhangs werden die Fragen 5 und 6 gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen, im Übrigen liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellungen vor.

7. Durch welche Maßnahmen hat die Bundesregierung Feuerwehren beim Kampf gegen den Rechtsextremismus in den vergangenen drei Jahren unterstützt, und welche Maßnahmen plant sie für das laufende Jahr?

Die Einrichtung einer Zentralstelle zur Bekämpfung von Rechtsextremismus im gesamten öffentlichen Dienst beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) soll dafür sorgen, Erkenntnisse zu Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst zu bündeln und auf Basis von Lagebildern Behörden und Politik zu befähigen, adäquat auf entsprechende Entwicklungen zu reagieren.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ können Vereine und Verbände seit 2010 Projektförderungen für Maßnahmen der Extremismusprävention und Demokratiestärkung beantragen. Freiwillige Feuerwehren, ehrenamtliche Gliederungen des Technischen Hilfswerks (THW) und weitere Organisationen des Katastrophenschutzes wurden im Rahmen der Antragstellung gezielt auf diese Möglichkeit hingewiesen. In der aktuellen Förderrunde 2020 bis 2024 wurden elf Landesfeuerwehrverbände in die Förderung aufgenommen. Die Träger bauen im Rahmen ihrer Projekte vereinsinterne Bildungs- und Beratungsstrukturen in den Themenfeldern Demokratie und Teilhabe sowie zum Umgang mit menschenfeindlichen Einstellungen, Diskriminierung und Extremismus auf. Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) unterstützt die Projekte durch fachliche Beratung, Qualifizierungsangebote sowie ein prozessbegleitendes Coaching.

